

Barbara Bechter/Bernd Brandl/Hans Pitlik/Gerhard Schwarz (Wien)

## Die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Mehr Politik als Wirtschaftspolitik?

*Ziel dieser Arbeit ist die Untersuchung von Bestimmungsgründen für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der österreichischen Bevölkerung. Insbesondere wird die Rolle der Faktoren Eigeninteresse, politische Ideologie und Wissen untersucht. Vor allem die Berücksichtigung von Unterschieden im Wissensstand in der Bevölkerung stellt ein Novum dieser Arbeit im Vergleich zu bisherigen Studien dar. Auf Basis einer repräsentativen Umfrage weisen die Ergebnisse der Studie darauf hin, dass das Eigeninteresse als Determinante der Akzeptanz im Vordergrund steht. Bei Personen mit einem hohen wirtschaftlichen Wissensstand drückt sich die Relevanz des Eigeninteresses verstärkt durch die subjektive Betroffenheit aus. Bei Personen mit geringerem Wissen manifestiert sich das Eigeninteresse eher durch politisch/ideologische Positionierungen.*

*Keywords: Sozial- und Wirtschaftspolitik, Einstellungen, Ideologie, Wissen, Eigeninteresse  
social and economic policy, attitudes, ideology, knowledge, self interest*

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Der Einfluss der öffentlichen Meinung auf das Entscheidungsverhalten von Politikern bezüglich der Umsetzung von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wird in der Literatur kontroversiell diskutiert (Kenworthy 2009). Die Mehrzahl der einschlägigen Studien weist auf einen relativ engen Zusammenhang zwischen öffentlicher Meinung und politischer Entscheidung hin (Brooks/Manza 2007). Geht man davon aus, dass dies im Prinzip auf alle westlichen Demokratien zutrifft, so kommt auch in Österreich der Frage nach dem Akzeptanzverhalten der Öffentlichkeit in Bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen erhebliche Bedeutung zu.

Was sind nun aber die Determinanten für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen? Warum befürworten Menschen bestimmte Politikmaßnahmen und lehnen andere ab? Aus Sicht der „traditionellen“ sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinung ist dies einfach zu beantworten, da sie auf zwei grundsätzlichen Annahmen über das menschliche Verhalten beruht (Stigler 1986). Die erste Annahme besagt, dass Menschen versuchen, ihren individuellen Nutzen zu maximieren (Eigeninteresse). Dies bedeutet, dass Menschen eine bestimmte Maßnahme befürworten, wenn durch diese ihr persönlicher Nutzen – etwa ihr Einkommen – gesteigert wird. Die zweite Annahme lautet, dass Menschen bei der Maximierung ihres Nutzens rational vorgehen, also auf der Grundlage von „fundierten“ und „optimierten“ Entscheidungen (Kosten-Nutzen-Kalkül).

Dieses „Handlungsparadigma“ ist nicht nur in den Politikwissenschaften zunehmend in die Kritik geraten, siehe beispielsweise Hartman (2002). Eine Vielzahl von Untersuchungen weist darauf hin, dass die Einstellungen von Personen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen scheinbar systematisch von der engen Annahme der rationalen Eigennutzenmaximierung abwei-

chen (Mutz 1993; Holbrook/Garand 1996; Krause 1997). Die jüngere Forschung identifiziert insbesondere die ideologisch/politische Einstellung und die Werteorientierung als aussagekräftige Determinanten (siehe beispielsweise im angelsächsischen Raum Caplan 2006; Blinder/Krueger 2004, für Deutschland Heinemann et al. 2007 und für Österreich Pitlik et al. 2011). Der gegenwärtige Forschungsstand zeichnet jedoch auch kein einheitliches Bild zur Relevanz der Determinanten „ideologische/politische Einstellung“ auf der einen Seite und „Eigeninteresse“ auf der anderen Seite. In einigen Studien wird auf die primäre Relevanz der politischen Ideologie hingewiesen, in anderen auf die Dominanz des Eigeninteresses (siehe Ullrich 2000).

Basierend auf diesen Ergebnissen geht die vorliegende Arbeit der Frage nach, welche Faktoren die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Österreich bestimmen. Zentrales Argument ist, dass, im Sinne einer „rationalen Ignoranz“, die politische Ideologie als Substitut für ein eigenständiges Kosten-Nutzen-Kalkül wirkt. D.h. es wird die Hypothese untersucht, dass die subjektive Betroffenheit (Eigeninteresse) als Determinante in den Vordergrund rückt, je höher das individuelle Wissen der Personen über die Sozial- und Wirtschaftspolitik ist. Umgekehrt sollte gelten, dass je weniger Wissen Personen haben, desto stärker tritt die Relevanz der politischen Ideologie als Determinante des Akzeptanzverhaltens in den Vordergrund. Die Heterogenität in der Relevanz der Determinanten Betroffenheit (Eigeninteresse) und politische Ideologie wird mithin auf Unterschiede im Informations- bzw. Wissensstand zu den Konsequenzen von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen erklärt.

Im Folgenden wird in Kapitel 2 der theoretische Hintergrund der Studie diskutiert und die daraus abgeleiteten Hypothesen der Arbeit werden vorgestellt. Daran anschließend wird in Kapitel 3 der methodische Hintergrund der empirischen Untersuchung diskutiert, und in Kapitel 4 werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung vorgestellt. Abschließend fasst Kapitel 5 die zentralen Resultate der Studie zusammen.

## **2. Die Determinanten der Akzeptanz sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen**

In die Untersuchung der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen gehen zahlreiche Faktoren ein, welche bereits in bisherigen Studien untersucht wurden, wie das Eigeninteresse (bzw. die Betroffenheit) und die politische Ideologie, sowie die Rolle des Wissens über die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wir untersuchen die Hypothese, dass gerade dieses Wissen eine zentrale Rolle in der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen spielt.

Dem Wissen der Bevölkerung kommt in demokratischen Gesellschaften eine entscheidende Bedeutung zu. „Unwissende“ und „uninformierte“ BürgerInnen widersprechen einem Idealbild, nach dem sie als mündige WählerInnen die (Sozial- und Wirtschafts-)Politik bestimmen sollten (Burstein 2003; Gilens 2001). Für einen großen Teil der Bevölkerung ist es schwierig und „kostenintensiv“, sich über die (vollen) Konsequenzen sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu informieren. Die Wirkungszusammenhänge und (langfristigen) Konsequenzen bestimmter Maßnahmen sind für Laien häufig nur schwer abzuschätzen. Vor allem wenn es darum geht, das volle Ausmaß der individuellen Betroffenheit abzuschätzen, haben selbst „ExpertInnen“ oft große Schwierigkeiten. Folglich ist es schwierig, für die Bevölkerung, „fundierte“ und „optimierte“ Entscheidungen anhand von Kosten-Nutzen-Überlegungen zu treffen bzw. sich eine rationale Meinung über sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu bilden (Downs 1957; Zaller 1992). Daher ist es wenig überraschend, dass Studien über den Wissensstand in der Be-

völkerung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik in den USA und in Großbritannien bestätigen, dass die Bevölkerung eher „unwissend“ und „verwirrt“ ist, wenn sie zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen befragt wird (Steinmo 1998).

Die individuelle Abschätzung der Vor- und Nachteile von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist für BürgerInnen eine große Herausforderung. Sogar der Versuch einer „groben“ Kalkulation der Kosten und Nutzen ist mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Die individuellen Kosten jedes/r Einzelnen für die Informationsbeschaffung (beispielsweise das Lesen von Fachbüchern und die Recherche von Studien, die dazu nötig wären) übersteigen bei Weitem den individuellen Nutzen der Information, da bei Wahlen (bzw. Umfragen, die als Basis für Entscheidungen dienen) die individuelle Stimme (nahezu) keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis hat. Dies führt dazu, dass sich Menschen bei Entscheidungen „rational ignorant“ verhalten (Downs 1957; Weede 2003) und daher auch weniger „kostenintensive“ Kriterien für die individuelle Wahlentscheidung verwendet werden. Insbesondere dient die Orientierung an politischen Ideologien als Substitut für die eigene Informationsbeschaffung, da davon ausgegangen wird, dass Parteiideologien eine Annäherung an individuelle Interessenlagen sind (Downs 1957; Dougan/Munger 1989).

Die Existenz „rationaler Unwissenheit“ könnte aber erklären, dass nach wie vor kein einheitliches Bild zur Relevanz der Determinanten ideologisch/politische Einstellung auf der einen Seite und Eigeninteresse auf der anderen Seite besteht (Ullrich 2000, 8). Diese Studien berücksichtigen jedoch nicht die mögliche Existenz rationaler Ignoranz bzw. Unterschiede im Wissensstand in der Bevölkerung. Das Kernargument der vorliegenden Untersuchung ist, dass die Heterogenität der Ergebnisse bisheriger Arbeiten teilweise durch den unterschiedlichen Wissensumfang in der Bevölkerung erklärt werden kann. Je geringer der Wissensstand des/der Einzelnen, desto rationaler ist es, sich an politischen Ideologien zu orientieren. Umgekehrt, je höher der individuelle Wissensstand, desto unwichtiger ist die Orientierung an einer politischen Ideologie zur Verfolgung des Eigeninteresses. Daraus leitet sich die empirisch zu überprüfende Hypothese ab, dass bei Menschen mit einem geringen einschlägigen Wissensstand die Relevanz der politischen Ideologie stärker ausgeprägt ist als bei Personen mit höherem Wissensstand. Dies bedeutet nicht, dass die politische Ideologie als Determinante der Akzeptanz sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen vollkommen irrelevant wäre. Gerade bei sozialpolitischen (aber auch sonstigen wirtschaftspolitischen) Themenstellungen ist es plausibel anzunehmen, dass Menschen *auch* nach generellen, normativen Wertvorstellungen handeln, welche sich neben religiösen und ethischen Prinzipien durch politische Ideologien manifestieren (van Oorschot 2002). Es ist davon auszugehen, dass auch Personen mit großem Wissen bei der individuellen politischen Meinungsbildung nicht ausschließlich ihr Eigeninteresse verfolgen. So zeigen Studien, dass Menschen ihrer politischen Ideologie (bzw. vor allem politischen Führungspersonen) auch dann noch „vertrauen“, wenn diese individuellen Nutzenkalkülen bzw. Eigeninteressen widersprechen (Caplan 2001; 2003).

Die Methodik von Umfragen, wie sie zur Datengenerierung in den zitierten Studien und auch in der vorliegenden Untersuchung herangezogen wird, legt es den befragten Personen nahe, auch zu solchen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen Stellung zu beziehen, bei denen keine individuelle Betroffenheit gegeben ist. Wenn also das Eigeninteresse bzw. die individuelle Betroffenheit nicht gegeben ist und dennoch eine Meinung gebildet und geäußert wird, müssen andere Faktoren ausschlaggebend sein. Ideologische Grundhaltungen können dann die Entscheidung bedingen. Aus diesem Grund ist die zweite Hypothese dieser Arbeit, dass die Relevanz der politischen Orientierung bei jenen Fragestellungen das Akzeptanzverhalten bestimmt, bei welchen individuelle Betroffenheit nur bei wenigen Personen vorzufinden ist.

Die Untersuchung des individuellen Wissens als Determinante für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen stellt ein Novum gegenüber der Mehrzahl der existierenden Studien dar: Lediglich eine Studie von Blinder/Krueger (2004) zeigt, dass ein Zusammenhang zwischen Akzeptanzverhalten und dem individuellen Wissen besteht, etwa hinsichtlich der Kürzung von Sozialleistungen und der Erhöhung von Mindestlöhnen.

In der Studie von Blinder/Krueger (2004) wird die politische Orientierung nur über das US-amerikanische politische System operationalisiert („liberal“ und „konservativ“ sind die primären Operationalisierungen). Da diese grobe Kategorisierung für die österreichische politische Landschaft zu ungenau ist, wurde für die vorliegende Untersuchung eine differenziertere politische Kategorisierung verwendet. Die Teilnehmer an der Studie konnten sich einer oder mehrerer der folgenden Kategorien zuordnen: Unpolitisch, Grün/Alternativ, Konservativ, Liberal, National, Sozialdemokratisch, Sozialistisch/Kommunistisch. Einige Studien arbeiten mit Affinitäten zu politischen Parteien (beispielsweise Bean/Papadakis 1998; Taylor-Gooby 1995). Ullrich (2000) merkt dazu an, dass in den meisten Studien zur Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Parteiaffinität als Indikator der politischen Ideologie wenig aussagekräftig ist und die identifizierten Differenzen wegen des „parteilichen Konsens“ und zugenommener Konvergenz in den Wahlprogrammen (zum Beispiel Franzmann 2008) gering sind. Andere Studien operationalisieren die politische Orientierung über eine Links/Rechts-Skala (zum Beispiel Jacoby 1994; Scheepers/Grotenhuis 2005).<sup>2</sup> Problematisch an der Links/Rechts-Skala ist, dass diese nur eine grobe und eindimensionale Auskunft über die politische Orientierung von Personen gibt, welche wichtige inhaltliche Unterschiede ausblendet (Fuhse 2004). Geht man davon aus, dass das politisch-ideologische Spektrum nicht eindimensional ist, bietet diese Form der Operationalisierung den befragten Personen nur eine sehr „verkürzte“ Möglichkeit der Positionierung. Die Verwendung der genannten Kategorien hat auch den Vorteil, dass zum einen Relationen zu politischen Parteien möglich sind (Knutsen 1998), zum anderen, dass sich die Befragten mehreren politischen Kategorien zuordnen können.<sup>3</sup> Im Vergleich zur Studie von Blinder/Krueger (2004) ist somit auch die wesentlich differenziertere politische Operationalisierung ein Novum.

### 3. Methodischer Hintergrund der empirischen Untersuchung

Um die vorher genannten Hypothesen zu überprüfen, wurde eine Repräsentativbefragung von 1003 Wahlberechtigten zum österreichischen Nationalrat durchgeführt. Die Feldphase dauerte vom 15. September bis einschließlich 6. Oktober 2008. In diesem Zeitraum fand auch die Nationalratswahl 2008 statt, die am 28. September 2008 abgehalten wurde.<sup>4</sup> Der Zeitraum um den Wahltermin lässt erwarten, dass sich die Bevölkerung zum einen stärker und intensiver mit ihrer eigenen politischen Positionierung auseinandergesetzt hat und zum zweiten über mehr Informationen über parteipolitische und damit auch ideologische Positionierungen bei sozial- und wirtschaftspolitischen Themenstellungen verfügt, da diese im Vorfeld einer Nationalratswahl medial verstärkt publik gemacht werden.<sup>5</sup> In methodischer Hinsicht kann davon ausgegangen werden, dass die Variation sowohl bei der Angabe der eigenen politischen Orientierung als auch bei der Akzeptanz von Maßnahmen ausgeprägter ist und damit klarer zum Ausdruck gebracht wird als in anderen Zeiten.

Die Teilnehmer an der Umfrage wurden gefragt, ob ihrer Meinung nach die Besteuerung von Löhnen und Einkommen in Österreich (zum Zeitpunkt der Befragung) zu hoch, zu niedrig

oder gerade angemessen war. Wenig überraschend wurde diese von einem überwältigenden Anteil als zu hoch erachtet. Im Anschluss daran wurde die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen abgefragt, welche im Ausgleich zu einer Senkung der Lohn- und Einkommensteuer geeignet wären. Die Respondenten hatten bei jeder vorgeschlagenen Maßnahme die Möglichkeit, mit Ja oder Nein zu antworten.

Es wurde durch weitere Fragen erhoben, ob sich die befragten Personen von den oben genannten Maßnahmen zur Finanzierung einer Lohn- und Einkommensteuerreform persönliche, negative Auswirkungen erwarten.

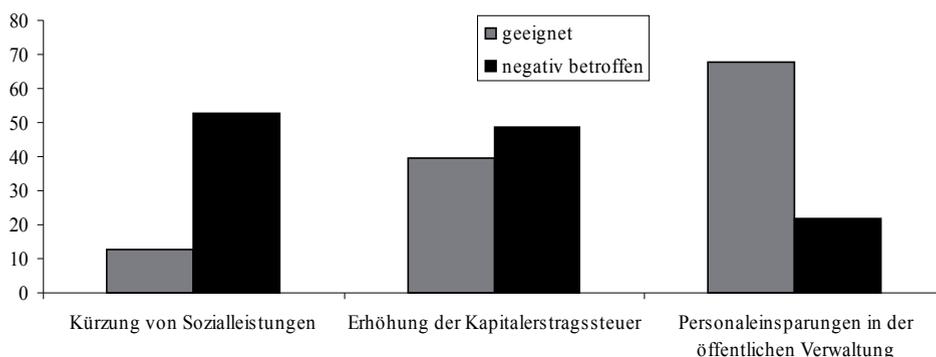
Bei der Auswahl der sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Analyse wurde darauf geachtet, dass sowohl die Akzeptanz als auch die Betroffenheit der befragten Personen bei den einzelnen Maßnahmen unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Dies war bei den folgenden sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Fall:

- Kürzung von Sozialleistungen
- Erhöhung der Kapitalertragssteuer
- Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung.

Die Auswahl der sozial- und wirtschaftspolitischen Themenstellungen erfolgte auf Basis von Unterschieden in der Auffassung über die Eignung der Maßnahme (d.h. deren Akzeptanz) und bezüglich der subjektiven Betroffenheit. Ebenfalls wurde bei der Auswahl der Fragestellungen darauf geachtet, wie konkret die Maßnahme spezifiziert ist. Die Erhöhung der Kapitalertragssteuer als auch Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung sind relativ konkrete Maßnahmen. Hingegen können Kürzungen von Sozialleistungen durch eine Reihe von (Einzel-) Maßnahmen realisiert werden. Vor dem Hintergrund, dass die Akzeptanz auch von der Konkretisierung der Maßnahme abhängt (Kangas 1997; Taylor-Gooby 1995), kann mit der vorgenommenen Auswahl an Fragestellungen der Einfluss des Konkretisierungsgrads untersucht bzw. kontrolliert werden. Abbildung 1 veranschaulicht die Unterschiede im Akzeptanz- und Betroffenheitsniveau.

Wie in Abbildung 1 zu erkennen ist, ergab die Befragung, dass Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung von einer hohen Anzahl von Befragten als geeignete Maßnahme erachtet werden (67,8%). Die Erhöhung der Kapitalertragssteuer rangiert in der Akzeptanz in der Mitte. 39,4% der befragten Personen sprechen sich für diese als geeignete Maßnahme aus. Mit

Abbildung 1: Gegenüberstellung der Akzeptanz- und Betroffenheitsniveaus



Anmerkung: Balken geben prozentuelle Werte an.

einer Akzeptanz von lediglich 12,9% wird die Kürzung von Sozialleistungen unter den für diese Analyse ausgewählten Maßnahmen als am wenigsten geeignet angesehen. Genau umgekehrt ist die Rangordnung bei der subjektiven Betroffenheit. 52,6% der befragten Personen geben an, von einer Kürzung von Sozialleistungen negativ betroffen zu sein. Etwas weniger Personen geben an, von einer Erhöhung der Kapitalertragssteuer negativ betroffen zu sein (48,5%). Die geringste negative individuelle Betroffenheit ergibt sich bei dem Vorschlag für Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung (21,8%).

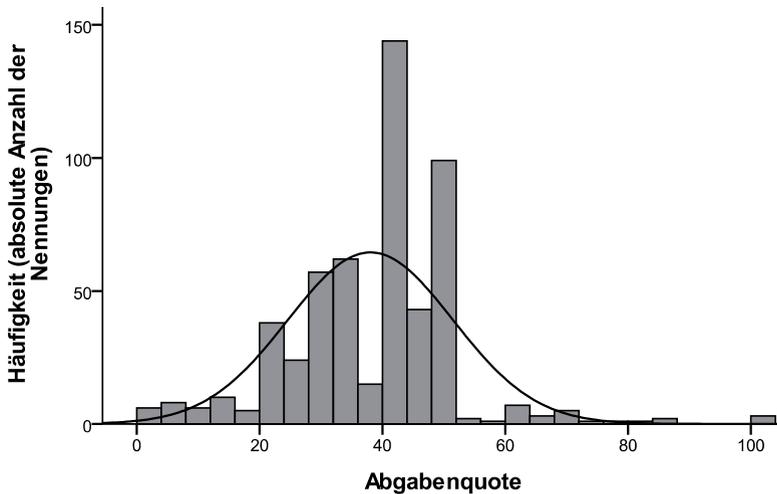
Der Wissensstand wurde durch die Frage nach der Höhe der gesamten „steuerlichen Belastung“ in Österreich (ausgedrückt durch die Abgabenquote) erhoben. Die Höhe der Abgabenquote wurde gewählt, da diese mit der Gegenfinanzierung einer Steuerreform bzw. mit den Möglichkeiten der Sozial- und Wirtschaftspolitik unmittelbar verbunden ist. Die Kürzung von Sozialleistungen als auch durch Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung führen (*ceteris paribus*) zu einer niedrigeren Abgabenquote. Die Erhöhung der Kapitalertragssteuer würde (*ceteris paribus*) hingegen eine höhere Abgabenquote nach sich ziehen.

Die Antizipation der individuellen Konsequenzen dieser drei Maßnahmen ist überaus komplex und stellt sogar ExpertInnen vor große Herausforderungen. Der beobachtbare Wissensstand kann somit nur eine Annäherung an das tatsächlich nötige Wissen darstellen, welches für empirische Studien wiederum nur über ausführliche Wissenstests erhoben werden könnte. In bisherigen Studien wurde der Wissensstand in der Bevölkerung üblicherweise durch Fragen wie nach der Höhe oder Berechnungsweise bestimmter wirtschaftlicher Aggregate und/oder mittels „einfacher Wirkungszusammenhänge“ erhoben. Alle Fragen zum Wissensstand haben Vor- und Nachteile und sind lediglich als Annäherung zu interpretieren. Vor dem Hintergrund, dass in vergangenen Studien unterschiedliche Wissensfragen zu sehr ähnlichen Ergebnissen kamen (Walstad/Rebeck 2002), erfolgt in dieser Arbeit die Approximation des Wissensstands über das unmittelbarste Aggregat, nämlich die Abgabenquote.<sup>6</sup>

In Abbildung 2 ist der Wissensstand der Respondenten bezüglich der Höhe der Abgabenquote illustriert. Das Mittel der Antworten liegt bei 38% (mit einer Standardabweichung von 13%). Die tatsächliche Abgabenquote lag im Jahr 2008 je nach Definition bei 43 bis 44%. Bezüglich Details siehe Statistik Austria (2009). Die tatsächliche „Steuerlast“ wird von der österreichischen Bevölkerung also *unterschätzt*.

Abbildung 2 zeigt, dass die Angaben zur Abgabenquote nicht normalverteilt sind.<sup>7</sup> Dies liegt primär daran, dass die befragten Personen sehr häufig 5 Prozentschritte bei ihren Angaben gemacht haben (häufig sind die Angaben 35%, 40%, 45%). Vor allem gibt es auch einen relativ hohen Anteil von Personen, welcher die Abgabenquote auf genau 50% schätzen. Da zwei (gängige und somit relevante) Definitionsmethoden der Abgabenquote existieren, wurde als Ausgangspunkt für die Klassifizierung des „korrekten“ Wissens über die Abgabequote der Durchschnitt dieser beiden gewählt (d.h. bei 43,5%). Ausgehend von diesem Mittelwert wurden Personen mit einem hohen Wissen klassifiziert, welche 3 Prozentpunkte über oder unter diesem Wert ihre Angabe machten (dies entspricht dem Intervall von 40,5% bis 46,5%). Dieses Intervall klassifiziert somit Personen als „weniger gut informiert“, welche genau 50% als Abgabenquote angegeben haben, obwohl die Abweichung zum wahren Wert noch nicht sehr groß ist. Die Klassifikation jener Respondenten, die die Abgabenquote auf 50% geschätzt haben, als „weniger gut informiert“ ist auch dadurch zu rechtfertigen, dass es sich dabei um eine sehr grobe Einschätzung handelt – im Sinne von: der Staat bekommt ca. die Hälfte und die andere Hälfte kann ich mir behalten. Im „richtigen“ Intervall befinden sich ca. 160 RespondentInnen.<sup>8</sup> Personen, welche darüber oder darunter lagen, wurden in die Kategorie „weniger gut informiert“ kategorisiert. Da ein relativ hoher Anteil von Personen

Abbildung 2: Verteilung des Wissens über die Höhe der Abgabenquote



(ca. 45%) bei der Frage nach der Abgabenquote keine Antwort gegeben hat, wird diese Gruppe getrennt untersucht, wobei angenommen wird, dass das Wissen bei Personen, die keine Angabe gemacht haben, ebenfalls eher gering ausgeprägt ist und deshalb die Antwort „verweigert“ wurde. Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass sich im Rahmen der Untersuchung zeigte, dass eine hohe Korrelation zwischen Falschangaben bei einer Wissensfrage und der Antwortverweigerung bei einer weiteren Wissensfrage besteht. In der empirischen Analyse sind somit bei Personen, die außerhalb des 3 Prozentpunkte-Intervalls sind, und bei Personen, die keine Angabe gemacht haben, ähnliche Ergebnisse zu erwarten. Sehr wohl sind aber Unterschiede im Wissensstand zwischen unterschiedlichen Personengruppen festzustellen. In Tabelle 1 sind solche Unterschiede differenziert nach politischen Orientierungen der befragten Personen ausgewiesen.

Wie in Tabelle 1 zu erkennen ist, ist der Anteil an Personen, welche keine Antworten auf die Höhe der Abgabenquote gegeben haben und jenen, die außerhalb des 3-Prozentpunkte-Intervalls in ihren Antworten liegen, relativ ausgeglichen. Die Gruppe der gut informierten Personen

Tabelle 1: Häufigkeiten Wissen und politische Orientierung

	Gesamt	Keine Angabe	Sonstige	Gut Informierte
<b>Unpolitisch</b>	215	113 (53 %)	76 (35 %)	26 (12 %)
<b>Grün</b>	279	108 (39 %)	116 (42 %)	55 (20 %)
<b>Konservativ</b>	316	130 (42 %)	111 (35 %)	75 (24 %)
<b>Liberal</b>	388	140 (36 %)	170 (44 %)	78 (20 %)
<b>National</b>	370	168 (45 %)	147 (40 %)	55 (15 %)
<b>Sozialdem.</b>	554	234 (42 %)	220 (40 %)	100 (18 %)
<b>Kommunistisch</b>	159	68 (43 %)	66 (42 %)	25 (16 %)

Anmerkungen: Sample: „Keine Angabe“ = Personen, die bei der Frage nach der Abgabenquote keine Angabe gemacht haben; „Gut Informierte“ = Personen, deren Antwort bei der Abgabenquote nicht mehr als +/- 3 Prozentpunkte von der richtigen Antwort abweicht; „Sonstige“ = restliche Personen. Werte in Klammern geben die prozentuelle Häufigkeit der jeweiligen Wissenskategorien in Bezug auf die Gesamtzahl an.

ist im Vergleich mit den anderen beiden Gruppen am kleinsten. Dieses Ergebnis reflektiert bisherige Studien, dass der Wissensstand zur „Wirtschaft“ in der Bevölkerung relativ gering ist. Auffallend bei der Betrachtung der relativen Anteile von gut informierten Personen über die einzelnen politischen Ideologien ist, dass diese unterschiedlich verteilt sind. So ist der Anteil an gut informierten Personen relativ hoch bei jenen, die sich als konservativ deklarieren; bei Personen, die sich als unpolitisch und national bezeichnen, ist der Anteil gut informierter Respondenten relativ gering. Dieser Zusammenhang zwischen Wissensstand und politischer Orientierung reflektiert sich auch durch Korrelationen zwischen politischer Orientierung und Wissenskategorien, die in Tabelle 4 im Appendix ausgewiesen sind.

#### 4. Empirische Analyse der Determinanten der Akzeptanz

Die Operationalisierung der individuellen Betroffenheit erfolgt über die Frage, ob sich die befragten Personen (negativ) von einer entsprechenden sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahme betroffen fühlen. Diese Variable drückt die erwartete subjektive Belastung aus und muss nicht notwendigerweise mit der objektiven (tatsächlichen) Betroffenheit übereinstimmen. Die subjektive Betroffenheit drückt das für diese Studie relevante eigeninteressierte und rationale Handeln aus, selbst wenn dieses (aufgrund unzureichender Information) objektiv nicht zutrifft. Durch diese Art der Fragestellung erfolgt folglich keine unnötige Einengung der Definition eigeninteressierten Handelns auf monetäre Nutzenkalküle und subsumiert somit weitere Dimensionen eigeninteressierten Handelns.

Eine zweite zentrale Einflussgröße für die Akzeptanz ist die politisch-ideologische Orientierung der befragten Personen. Diese wurde durch die Verwendung von ideologischen Kategorien operationalisiert. Um die Unterschiede in der Relevanz der beiden zentralen Einflussgrößen politische Ideologie und Eigeninteresse in Abhängigkeit vom Wissensstand untersuchen zu können, erfolgt die empirische Analyse sowohl über die gesamte Stichprobe als auch separat nach den oben beschriebenen Wissenskategorien. Als Kontrollvariablen wurden, Blinder/Krueger (2004) folgend, Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildungsstand der befragten Personen in der Analyse berücksichtigt.<sup>9</sup>

Da die abhängige Variable (Zustimmung vs. Ablehnung) dichotom ist, werden die Hypothesentests mithilfe von logistischen Regressionen durchgeführt. Die Ausprägung 1 bedeutet Zustimmung zu einer sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahme und 0 die Ablehnung. In Abhängigkeit von Unterschieden in der politischen Ideologie und des Eigeninteresses (und weiterer Faktoren) schätzt die logistische Regression die „Chancen“, ob eine bestimmte sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahme als geeignet erachtet wird oder nicht. In der folgenden Diskussion der empirischen Ergebnisse fokussieren wir nur auf die festgestellte Signifikanz der erklärenden Variablen. Wir diskutieren nicht das Ausmaß und die Gründe, warum Personen mit bestimmtem Wissen und bestimmter Ideologie Maßnahmen befürworten oder ablehnen, da dies über die eigentliche Fragestellung der Arbeit hinausgeht.

Die folgende Analyse basiert auf zwei Schritten. In einem ersten Schritt wird der Einfluss der politischen Orientierung und der Betroffenheit auf die Akzeptanz, wie in bisherigen Studien ohne Berücksichtigung von Unterschieden im Wissensstand von Personen, untersucht. In einem zweiten Schritt erfolgt die Analyse durch eine Differenzierung des Wissensstands in der Bevölkerung. Diese zweistufige Analyse hat den Vorteil, dass sie zum einen den direkten Vergleich zu bisherigen Studien ermöglicht und zum anderen, dass die Ergebnisse im Schritt zwei einen Ver-

gleich zur bisherigen Vorgehensweise ermöglichen. Die Ergebnisse der Analysen sind in den Tabellen 2 und 3 ersichtlich.

**Tabelle 2: Untersuchung der Rolle sozioökonomischer Determinanten, der Ideologie und der Betroffenheit für die Akzeptanz**

Abhängige Variable	Kürzungen bei Sozialleistungen		Erhöhung Kapitalertragssteuer		Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung	
	Koef.	Odds	Koef.	Odds	Koef.	Odds
Konstante	-0,732	0,481	-0,502	0,606	0,527	1,693
Betroffenheit	-1,043**	0,353	-0,849**	0,428	-1,026**	0,358
<i>Keine Angabe:</i>						
Unpolitisch	0,366	1,442	0,103	1,108	0,263	1,300
Grün	-0,747*	0,474	0,233	1,262	0,188	1,207
Konservativ	0,488*	1,629	-0,154	0,857	0,137	1,147
Liberal	-0,432	0,649	0,120	1,128	0,333	1,395
National	0,431	1,539	-0,187	0,829	0,261	1,299
Sozialdem.	-0,293	0,746	0,295	1,343	-0,378*	0,685
Kommunistisch	0,373	1,452	0,346	1,414	-0,726**	0,484
Geschlecht	0,497*	1,643	0,194	1,214	0,365	1,441
Alter	-0,156*	0,856	0,033	1,034	0,194**	1,214
<i>Bildung</i>						
Pflicht-, Hauptschule	-0,398	0,672	-0,249	0,780	-0,60	0,942
Lehre	0,001	1,001	-0,176	0,838	0,036	1,036
Fachschule	0,202	1,224	0,145	1,156	0,536	1,710
Matura bzw. Kolleg	0,068	1,070	-0,098	0,906	0,108	1,114
<i>Einkommen</i>						
Unter 1000 €	-0,346	0,708	0,273	1,314	-0,440	0,644
Bis 1500 €	-0,542	0,582	0,165	1,179	-0,460	0,631
Bis 2000 €	-1,055*	0,348	0,338	1,403	-0,150	0,861
Bis 2500 €	-0,097	0,908	0,409	1,505	-0,451	0,637
Bis 3000 €	-0,801	0,449	-0,423	0,655	0,584	1,794
Mehr als 3000 €	-18,735	0,000	-20,148	0,000	20,366	6,995
$R^2$	0,158		0,100		0,145	
N	820 Nein = 714 Ja = 106		791 Nein = 460 Ja = 331		797 Nein = 218 Ja = 579	

Anmerkungen: Die Schätzungen basieren auf einer logistischen Regression. Referenzkategorie bei Bildung = Universität bzw. Fachhochschule. Referenzkategorie bei Einkommen = kein Einkommen. Koef. = geschätzter Koeffizient, Odds = Odds-Ratio.  $R^2$  = Nagelkerkes (Pseudo) R-Quadrat. N = Anzahl der Beobachtungen. Signifikanzniveau: \* 5%, \*\* 1%.

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Analyse ohne Differenzierung des Wissensstands in der Bevölkerung für die drei Maßnahmen. Bei Betrachtung der Schätzungen fällt auf, dass die Betroffenheit bei allen drei Maßnahmen ein signifikanter Prädiktor des Akzeptanzverhaltens ist. Die Werte der Odds zeigen, dass die Chance, dass eine Maßnahme akzeptiert wird, stets niedriger ist bei Personen, welche sich von der Maßnahme (negativ) betroffen fühlen im Vergleich zu jenen Respondenten, die sich nicht von der Maßnahme betroffen fühlen. Die Betrachtung der empirischen Relevanz ideologischer Kategorien zeigt, wie in bisherigen Studien, ein heterogenes Bild. So ist bei der Frage nach der Erhöhung der Kapitalertragssteuer keine der ideologischen Kategorien signifikant, wohingegen bei den anderen Maßnahmen jeweils zwei (unterschiedliche) ideologische Kategorien bestimmend für die Akzeptanz sind. Die Chance, dass Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst befürwortet werden, ist geringer bei Personen, die sich (jeweils) sozialdemokratischen und kommunistischen Ideologien nahe fühlen, im Vergleich zu Personen, die sich (jeweils) diesen Ideologien nicht zugeordnet fühlen. Ähnlich ist die Chance, dass die Kürzung von Sozialleistungen von Personen befürwortet wird, welche sich einer grün/alternativen Ideologie zugehörig fühlen, geringer. Bei Konservativen ist es bei der Kürzung der Sozialleistungen genau umgekehrt.

Die meisten Kontrollvariablen erweisen sich als wenig relevante Prädiktoren der Akzeptanz. Ausnahme sind lediglich das Alter der befragten Personen bei der Kürzung bei Sozialleistungen und bei Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst und die Einkommenskategorie „bis 2000 Euro“ bei der Kürzung bei Sozialleistungen. Im Folgenden soll nun die nach dem Wissensstand differenzierte Analyse der Rolle der Betroffenheit und der politischen Ideologie untersucht werden.

Wie in Tabelle 3 zu erkennen ist, ist die Betroffenheit bei der Erhöhung der Kapitalertragssteuer und bei Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung ein signifikanter Prädiktor

**Tabelle 3: Untersuchung der Rolle von sozioökonomischen Determinanten, der Ideologie, der Betroffenheit und des Wissens für die Akzeptanz**

Abhängige Variable	Kürzungen bei Sozialleistungen		Erhöhung Kapitalertragssteuer		Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung	
	Koef.	Odds	Koef.	Odds	Koef.	Odds
Konstante	-0,736	0,479	-0,438	0,645	0,676	1,966
Betroffenheit	-0,953	0,386	-0,884**	0,413	-1,327**	0,265
x Keine Angabe	-0,010	0,990	0,039	1,039	0,247	1,280
x Sonstige	-0,199	0,819	-0,093	0,912	0,426	1,531
<i>Keine Angabe</i>						
Unpolitisch	0,000	1,000	0,129	1,137	0,202	1,223
Grün	-1,010*	0,364	-0,17	0,983	0,027	1,027
Konservativ	0,831*	2,296	-0,229	0,796	0,005	1,005
Liberal	-0,399	0,671	0,533*	1,704	0,197	1,217
National	0,168	1,183	-0,614*	0,541	0,229	1,258
Sozialdem.	-0,127	0,881	0,304	1,355	-0,498*	0,608
Kommunistisch	-0,054	0,948	0,422	1,524	-0,800*	0,449

Abhängige Variable	Kürzungen bei Sozialleistungen		Erhöhung Kapitalertragssteuer		Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung	
	Koef.	Odds	Koef.	Odds	Koef.	Odds
<i>Sonstige</i>						
Unpolitisch	0,787*	2,197	0,322	1,380	0,286	1,331
Grün	-0,632	0,532	0,443	1,558	0,093	1,097
Konservativ	0,699*	2,012	-0,152	0,859	0,553	1,739
Liberal	-0,357	0,700	-0,242	0,785	0,324	1,382
National	0,460	1,584	0,225	1,252	0,374	1,454
Sozialdem.	-0,285	0,752	0,502*	1,652	-0,206	0,814
Kommunistisch	0,497	1,645	0,266	1,304	-0,735*	0,479
<i>Gut Informierte</i>						
Unpolitisch	0,845	2,328	-0,441	0,643	1,178	3,249
Grün	-0,169	0,844	0,423	1,527	0,574	1,775
Konservativ	-0,684	0,504	0,195	1,215	-0,101	0,904
Liberal	-0,863	0,422	0,188	1,207	0,688	1,989
National	1,186*	3,273	-0,164	0,849	0,109	1,116
Sozialdem.	-1,175	0,309	-0,168	0,846	-0,388	0,678
Kommunistisch	0,949	2,582	0,472	1,603	-0,379	0,684
Geschlecht	0,443	1,557	0,130	1,138	0,213	1,237
Alter	-0,153*	0,858	0,026	1,027	0,176**	1,192
<i>Bildung</i>						
Pflicht-, Hauptschule	-0,348	0,706	-0,246	0,782	0,040	1,041
Lehre	0,014	1,014	-0,174	0,840	0,047	1,048
Fachschule	0,282	1,325	0,150	1,161	0,585	1,795
Matura bzw. Kolleg	0,138	1,148	-0,132	0,876	0,101	1,106
<i>Einkommen</i>						
Unter 1000 €	-0,388	0,678	0,283	1,326	-0,499	0,607
Bis 1500 €	-0,583	0,558	0,122	1,130	-0,507	0,602
Bis 2000 €	-1,057*	0,347	0,347	1,415	-0,203	0,816
Bis 2500 €	-0,165	0,848	0,455	1,575	-0,611	0,543
Bis 3000 €	-0,835	0,434	-0,422	0,656	0,398	1,489
Mehr als 3000 €	-19,057	0,000	-20,169	0,000	20,396	7,209
$R^2$	0,191		0,129		0,171	
N	819 Nein = 713 Ja = 106		790 Nein = 459 Ja = 331		796 Nein = 218 Ja = 578	

Anmerkungen: Die Schätzungen basieren auf einer logistischen Regression. Betreffend näherer Angaben zu den Wissenskategorien siehe Tabelle 1. Betreffend der Referenzkategorie bei Bildung und Einkommen siehe Tabelle 2. Referenzkategorie bei Betroffenheit = „Gut Informierte“. Koef. = geschätzter Koeffizient, Odds = Odds-Ratio.  $R^2$  = Nagelkerkes (Pseudo) R-Quadrat. N = Anzahl der Beobachtungen. Signifikanzniveau: \* 5 Prozent, \*\* 1 Prozent.

des Akzeptanzverhaltens. Bei der Frage nach der Kürzung bei Sozialleistungen weisen die Odds auf einen gleichgerichteten Zusammenhang hin, der jedoch nicht signifikant ist. Die differenzierte Betrachtung der Betroffenheit entsprechend unterschiedlichen Wissenskategorien zeigt, dass der Wissensstand von Personen im Zusammenhang mit der Betroffenheit keine Rolle spielt, da die Interaktionsvariablen keine signifikanten Abweichungen zur Referenzkategorie (gut informierte Personen) aufweisen.

Bei der Betrachtung der empirischen Relevanz der politischen Orientierung auf die Akzeptanz der drei Maßnahmen unter Berücksichtigung von Unterschieden im Wissensstand zeigen die Ergebnisse Unterschiede in Abhängigkeit der Maßnahme und des Wissensstands auf. Die Chance der Akzeptanz bei Kürzungen bei Sozialleistungen ist geringer bei Personen, welche sich als grün deklarieren und keine Angabe bei der Wissensfrage gemacht haben, im Vergleich zu allen anderen Personen. Umgekehrt ist die Chance der Akzeptanz von Kürzungen bei Sozialleistungen höher bei Personen, welche ebenfalls keine Angabe gemacht haben und sich als konservativ deklarieren, bei unpolitischen und konservativen Personen, die eine falsche Antwort gegeben haben, und bei national gesinnten Personen, die über einen hohen Wissensstand verfügen – jeweils immer im Vergleich zur Referenzkategorie (d.h. zu allen Personen, die nicht derselben Wissensgruppe angehören und auch nicht der entsprechenden politischen Orientierung zugeordnet sind).

Die Interpretation der signifikanten ideologischen Kategorien in den einzelnen Wissensgruppen bei den anderen Fragestellungen ist analog. Hier erweist sich bei der Erhöhung der Kapitalertragssteuer bei Personen, die keine Angabe bei der Höhe der Abgabenquote gemacht haben und liberal oder national gesinnt sind, die Ideologie als signifikanter Prädiktor der Akzeptanz. Gleiches gilt für Respondenten mit sozialdemokratischer Gesinnung in der Gruppe der „Sonstigen“. In der Gruppe der „Gut Informierten“ finden sich keine signifikanten Zusammenhänge von ideologischen Variablen mit der Akzeptanz.

Bei der Frage nach der Akzeptanz von Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung erweist sich die politische Orientierung bei Sozialdemokraten und Kommunisten in der Gruppe der Personen, die keine Angabe gemacht haben, als signifikanter Prädiktor der Akzeptanz und in der Gruppe „Sonstige“ sind es kommunistisch gesinnte Personen. Wie bei den Ergebnissen aus Schritt 1 der Analyse sind die meisten Kontrollvariablen nicht signifikant für die Akzeptanz der Maßnahmen. Die (wenigen) Ausnahmen sind, mit Ausnahme des Geschlechts bei der Frage zur Kürzung von Sozialleistungen, exakt dieselben wie in Schritt 1 der Analyse.

Unabhängig davon, welche politischen Kategorien zu einer Befürwortung oder Ablehnung einer Maßnahme führen, ist für die Untersuchung der Hypothesen „nur“ wichtig, ob diese einen Einfluss auf das Akzeptanzverhalten haben oder nicht. Dies zeigt sich vor allem durch die Signifikanz der politischen Kategorien entlang der unterschiedlichen Wissenskategorien. Entsprechend der Hypothese sollte in den Wissenskategorien „Keine Angabe“ und „Sonstige“ die Ideologie verstärkt ein Prädiktor der Akzeptanz sein. Hingegen sollte in der Gruppe der „Gut Informierten“ Personen die Ideologie als Prädiktor im Hintergrund stehen. Bei der Betrachtung der Anzahl der signifikanten Prädiktoren zeigt sich eine Häufung dieser in den Kategorien „Keine Angabe“ und „Sonstige“. Hingegen ist lediglich ein Prädiktor signifikant in der Gruppe der „Gut Informierten“ Personen. Somit determiniert die Ideologie bei Personen mit wenig Wissen das Akzeptanzverhalten häufiger und bei Personen mit hohem Wissen eher selten. Dieses Ergebnis stützt die Hypothese, dass die Ideologie als ein Substitut für das Wissen interpretiert werden kann. Die zweite Hypothese, dass bei Fragestellungen, bei welchen die Betroffenheit kaum vorzufinden ist, die Ideologie eine wesentliche Determinante ist, kann durch die Ergebnisse der Analysen nicht bestätigt werden. Primäre Evidenz für dieses Ergebnis ist, dass bei der Fragestel-

lung nach der Akzeptanz von Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung die politische Orientierung die gleiche Rolle auf die Akzeptanz einnimmt wie bei den anderen beiden Fragestellungen.

Die drei Maßnahmen unterscheiden sich im Ausmaß ihrer Konkretisierung. Vor dem Hintergrund, dass in bisherigen Studien der Grad an Konkretisierung Einfluss auf das Akzeptanzverhalten nahm, zeigen die Ergebnisse dieser Studie, dass das Ausmaß an Konkretisierung zwar möglicherweise auch einen Einfluss auf die Akzeptanz, jedoch keinen Einfluss auf die Rolle der politischen Ideologie und den Wissensstand hat, da keine Unterschiede zwischen den Fragestellungen festgestellt werden können. Ebenfalls stützten die Ergebnisse der Analyse die getroffene Annahme, dass Personen, welche keine Angaben auf die Wissensfragen gegeben haben, dies deswegen gemacht haben, da sie über unzureichendes Wissen verfügen. Der Grund dafür ist, dass der Einfluss der politischen Ideologie ähnlich stark akzentuiert ist bei Personen, die keine Antwort gegeben haben, wie bei jenen, die eine „falsche“ Antwort gegeben haben.

Zusammenfassend ergibt die empirische Analyse somit über alle drei Maßnahmen das Bild, dass das Gefühl der individuellen Betroffenheit ein wesentlicher Faktor ist, der die Akzeptanz bestimmt. Wenn Personen erwarten, von einer Maßnahme negativ betroffen zu sein, stufen sie diese Maßnahme als nicht geeignet ein. Bei der Relevanz der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Ideologie sind die Ergebnisse heterogener. Je nach Maßnahme und je nach Wissensstand eignen sich einzelne politische Ideologien als Prädiktor für die Akzeptanz. Zusätzlich haben – bei spezifischen Fragestellungen (insbesondere bei der Frage nach der Kürzung von Sozialleistungen) – Determinanten wie das Alter, Geschlecht und Einkommen von Personen Einfluss auf die Akzeptanz.

Die Betrachtung der Gesamterklärung der Akzeptanz dieser Maßnahmen durch die Schätzung, ausgedrückt durch die vergleichsweise moderaten Werte des  $R^2$ , zeigt, dass die Akzeptanz noch durch einer Reihe weiterer Determinanten bestimmt sein muss. Als potenzielle Faktoren kommen neben soziodemografischen Charakteristika wie Familienstand, Ethnizität und die Zugehörigkeit zu „Klassen“ (Ullrich 2000, 8) auch Fairnesserwägungen und grundsätzliche Gerechtigkeitseinstellungen infrage. Vor allem Letztere sind jedoch schwierig zu operationalisieren und überlappen mit politisch-ideologischen Einstellungen.

## 5. Zusammenfassende Bemerkungen und Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt dieser Arbeit waren Diskussionen über die Bestimmungsgründe der Akzeptanz sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Insbesondere galt das Interesse der Untersuchung den Faktoren politische Ideologie und Eigeninteresse (bzw. Betroffenheit von der Maßnahme). In bisherigen Studien kam die Rolle dieser beiden Erklärungsfaktoren für die Akzeptanz unterschiedlich stark zum Ausdruck. Es wurde argumentiert, dass ein wesentlicher Grund für die Heterogenität in den Ergebnissen bisheriger Studien darin zu finden ist, dass der Wissens- bzw. Informationsstand der Bevölkerung nicht berücksichtigt wurde. Gerade dem Wissen kommt aber eine zentrale Bedeutung zu, wenn es um die Antizipation der individuellen Konsequenzen und – damit verbunden – die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen geht. Dieses Wissen ist jedoch nicht einfach zu erlangen und die Informationsbeschaffung überaus aufwendig. Ausgehend von der Theorie der rationalen Ignoranz wurde argumentiert, dass Teile der Bevölkerung auf weniger „kostenintensive“ Kriterien für die individuelle Akzeptanzentscheidung zurückgreifen. Insbesondere dient die Orientierung an politischen Ideologien als Substitut

für die eigene Informationsbeschaffung, da davon ausgegangen wird, dass Parteiideologien eine Annäherung an individuelle Interessenlagen darstellen. Dies könnte auch erklären, dass in bisherigen Akzeptanzstudien zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen die politische Orientierung zwar häufig als relevant identifiziert wurde, dass die Ideologie aber lediglich ein Substitut für das Eigeninteresse bzw. die subjektive Betroffenheit ist.

Auf Basis einer Repräsentativbefragung von 1003 Wahlberechtigten zum österreichischen Nationalrat wurde die Hypothese empirisch überprüft, dass es für Personen mit geringem Wissensstand rational ist, sich an politischen Ideologien zu orientieren. Umgekehrt, je höher der individuelle Wissensstand, desto weniger relevant ist die Orientierung an einer politischen Ideologie für die Akzeptanz oder Ablehnung einer wirtschaftspolitischen Maßnahme.

Die Studie bietet empirische Evidenzen für ein rational ignorantes, ideologieorientiertes Entscheidungsverhalten der österreichischen Bevölkerung bei der Akzeptanz sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Bei Personen, welche über einen hohen Grad an Wissen verfügen, konnte nur in geringem Umfang ein Einfluss der politischen Ideologie auf die Akzeptanz festgestellt werden. Im Vergleich dazu ist bei der Untersuchung von Personengruppen, welche über wenig(er) Wissen verfügen, ein Einfluss politisch-ideologischer Grundhaltungen auf die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen häufig festzustellen.

In der Arbeit wurde argumentiert, dass Personen auch zu solchen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen Stellung beziehen, bei denen keine individuelle Betroffenheit gegeben ist. Wenn also das Eigeninteresse bzw. die individuelle Betroffenheit nicht gegeben ist und dennoch eine Meinung gebildet und geäußert wird, müssen andere Faktoren ausschlaggebend sein. Vor allem kann dann die politische Grundhaltung der relevante Faktor für die Entscheidung sein. Aus diesem Grund wurde auch die Hypothese untersucht, dass die Relevanz der politischen Orientierung auf die Meinungsbildung bei jenen Maßnahmen stärker ausgeprägt ist, die nur wenige Personen betreffen. Die Ergebnisse der Analyse bieten jedoch nicht genügend empirische Evidenzen, dass diese Hypothese vorläufig angenommen werden kann. Sowohl bei Maßnahmen mit einem hohen Anteil betroffener Personen als auch bei Maßnahmen mit einem geringen Anteil betroffener Personen ist die Relevanz politischer Grundhaltungen in gleichem Ausmaß zu konstatieren.

Insgesamt liegt die Schlussfolgerung nahe, dass für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen das subjektive Eigeninteresse von zentraler Bedeutung ist und politisch-ideologische Grundhaltungen als Substitut für die Verfolgung des Eigeninteresses zu interpretieren sind. Somit stützen die Ergebnisse dieser Studie tendenziell die einleitend vorgestellte „traditionelle“ Sichtweise rationalen Verhaltens. Die Ergebnisse zeigen, dass Menschen eine bestimmte Maßnahme ablehnen, wenn durch diese ihr persönlicher erwarteter Nutzen verringert wird, und umgekehrt befürworten sie eine Maßnahme, wenn sich dadurch ihr persönlicher Nutzen erhöht. Wenn es zu kostenintensiv ist sich zu informieren, ist es rational, sich auf eine weniger kostenintensive Entscheidungsgrundlage zu stützen. Dies legt den Schluss nahe, dass die Bedeutung der politischen Orientierung in bisherigen Studien überschätzt wurde.

## APPENDIX

## Beschreibung der verwendeten Variablen

<b>Variable</b>	<b>Beschreibung</b>
<b>Geschlecht</b>	Männer = 1, Frauen = 0
<b>Alter</b>	Bis 25 Jahre = 1; Bis 35 Jahre = 2; Bis 45 Jahre = 3; Bis 55 Jahre = 4; Bis 65 Jahre = 5; Älter als 65 Jahre = 6
	Frage: Wie hoch ist Ihr persönliches monatliches Nettoeinkommen ungefähr?
<b>Einkommen</b>	Kategorien: Kein Einkommen; Unter 1000 €; Bis 1500 €; Bis 2000 €; Bis 2500 €; Bis 3000 €; Mehr als 3000 €
	Frage: Was ist Ihre höchste abgeschlossene Schulbildung?
<b>Bildung</b>	Kategorien: Pflicht- bzw. Hauptschule; Lehre; Fachschule; Matura bzw. Kolleg; Universität bzw. Fachhochschule
	Frage: Wenn Sie sich politisch einordnen: Würden Sie sagen, sie sind ...?
<b>Links/Rechts</b>	Rechts = 1; Eher rechts = 2; Mitte = 3; Eher links = 4; Links = 5
	Frage: Ich lese Ihnen einige politische Kategorien vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder, ob diese auf Sie zutrifft oder nicht.
<b>Unpolitisch</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Grün/Alternativ</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Konservativ</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Liberal</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>National</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Sozialdemokratisch</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Kommunistisch</b>	Ja = 1, Nein = 0
	Frage: Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Maßnahmen, ob sich diese auf Sie persönlich nachteilig auswirken würde.
<b>Betroffenheit</b>	<p><i>Subjektive Betroffenheit:</i>  Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt): Ja = 1, Nein = 0  Kürzung von Sozialleistungen: Ja = 1, Nein = 0  Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung: Ja = 1, Nein = 0</p> <p>In Abhängigkeit der zu erklärenden Variablen wird die entsprechende erklärende Variable in die Analyse aufgenommen.</p>

Tabelle 4: Varianz-Kovarianzmatrix zentraler unabhängiger Variablen

	Unpoli- tisch	Grün	Konser- vativ	Liberal	National	Sozial- dem.	Kommuni- st.	Keine Angabe	Sonstige	Gut Inform.	Ge- schlecht	Alter
Unpolitisch	1 (,174)											
Grün	-,071* (-,013)	1 (,207)										
Konservativ	-,014 (-,003)	-,097** (-,021)	1 (,223)									
Liberal	-,060 (-,012)	,240** (,054)	-,071* (-,017)	1 (,242)								
National	,000 (,000)	-,131** (-,029)	,072* (,017)	-,054 (-,013)	1 (,241)							
Sozialdem.	-,087** (-,018)	,133** (,030)	-,126** (-,029)	,105** (,025)	,100** (,024)	1 (,242)						
Kommunistisch	-,083* (-,013)	,049 (,008)	-,056 (-,010)	,011 (,002)	-,010 (-,002)	,248** (,046)	1 (,141)					
Keine Angabe	,091** (,019)	-,068* (-,015)	-,039 (-,009)	-,137** (-,033)	,031 (,007)	-,035 (-,008)	-,013 (-,002)	1 (,247)				
Sonstige	-,026 (-,005)	,047 (,010)	-,041 (-,009)	,106** (,025)	,026 (,006)	,037 (,009)	,033 (,006)	-,693** (-,167)	1 (,235)			
Gut Informiert	-,084** (-,013)	,028 (,005)	,102** (,019)	,043 (,008)	-,072* (-,014)	-,003 (-,001)	-,025 (-,004)	-,420** (-,080)	-,364** (-,068)	1 (,148)		
Geschlecht	,001 (,000)	-,114** (-,026)	,059 (,014)	,041 (,010)	,059 (,014)	-,055 (-,014)	,015 (,003)	-,286** (-,071)	,174** (,042)	,150** (,029)	1 (,249)	
Alter	,036 (,024)	-,157** (-,116)	,107** (,082)	-,059 (-,047)	-,115** (-,092)	-,022 (-,018)	-,037 (-,022)	-,021 (-,017)	-,065* (-,051)	,109** (,068)	-,153** (-,124)	1 (2,620)

Anmerkungen: Zahlen ohne Klammern geben den Korrelationskoeffizienten an. Zahlen in Klammern die Varianz bzw. Kovarianz. Signifikanzniveau der Korrelationen \* 5%, \*\* 1%.

## ANMERKUNGEN

- 1 Wir danken der Oesterreichischen Nationalbank für die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Jubiläumssfonds. Projekt: The Determinants of Public and Expert Opinion on Economic and Social Policy, (Projekt-Nr. 12817). Weiters danken wir den GutachterInnen der ÖZP für konstruktive Hinweise und Anregungen.
- 2 Auch die Befragung zur vorliegenden Studie erhob eine Links/Rechts-Skala, welche in der Arbeit nicht berücksichtigt wird.
- 3 Die Option von Mehrfachantworten wurde von den befragten Personen ausgiebig genutzt. Die Häufigkeiten der jeweiligen politischen Ideologien sind in Tabelle 1 abgebildet. Der Vorteil der Möglichkeit, sich mehreren Kategorien zuordnen zu können, liegt darin, dass jegliche politische Kategorien nicht überschneidungsfrei sind. Dies zeigt sich häufig durch die Existenz von Überschneidungen liberal/grün, liberal/sozialdemokratisch, grün/sozialdemokratisch. Siehe dazu auch entsprechende Korrelationen zwischen den politischen Ideologien in Tabelle 4 im Appendix.
- 4 Ob die Befragung vor oder nach dem Wahltermin abgehalten wurde, nimmt keinen Einfluss auf die empirischen Ergebnisse.
- 5 Auch wenn die Sozial- und Wirtschaftspolitik von anderen – und wahrscheinlich auch für die Wahl entscheidenden – Themen, etwas in den Hintergrund gerückt wird und die politische Kommunikation von Inhalten durch „Inszenierungen“ unterschiedlichster Art „überlagert“ werden (Beyrl/Perlot 2006).
- 6 Die Frage zur Höhe der Abgabenquote hat auch den Vorteil, dass diese eine gut messbare Kenngröße des Wissens darstellt. Ein etwaiger Nachteil der Verwendung lediglich einer Wissensfrage ist, dass das Wissen durch eine einzige Kennzahl möglicherweise zu eindimensional ist. Aus diesem Grund wurde im Zuge der Repräsentativumfrage neben der Frage nach der Abgabenquote auch nach der Höhe der Inflation gefragt. Der Wissensstand in der Bevölkerung zu beiden Aggregaten ist signifikant (hoch) korreliert. Zusätzlich wurde im Zuge des Forschungsprojektes ein Pretest durchgeführt, in welchem eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Wissensfragen berücksichtigt wurde. Die Auswertung des Wissensstands ergab eine hohe Übereinstimmung im Wissen bzw. Nichtwissen von Personen über mehrere Fragen hinweg. Unter Berücksichtigung, dass somit das Wissen bzw. Nichtwissen von Personen durch eine einzige Fragestellung gut approximiert werden kann – und vor dem Hintergrund, dass Wissensfragen nicht nur eine beträchtliche Zeitspanne in der Befragung einnehmen, sondern auch den Non-Response-Anteil beträchtlich erhöhen, erfolgte die Konzentration auf den Wissensstand zur Abgabenquote.
- 7 Sowohl der Kolmogorov-Smirnov- als auch Shapiro-Wilson-Test zeigen, dass keine Normalverteilung vorliegt.
- 8 In der statistischen Analyse wurden ebenfalls die Intervalle von +/- 4 Prozentpunkten und +/- 5 Prozentpunkten untersucht. Bewusst wurden keine noch höheren Intervalle untersucht, da diese die 50%-Angabengrenze erreichen und somit Personen, welche die Fifty/Fifty-Angabe wählen, als „informiert“ kategorisieren. Die Ergebnisse dieser Robustheitstests verändern die grundlegenden Schlussfolgerungen nicht.
- 9 Die Berücksichtigung der Kontrollvariablen führt zu einer deutlichen Erhöhung der unabhängigen Variablen und impliziert Einschränkungen bezüglich der notwendigen Anzahl an Fällen pro Prädiktor. Aus diesem Grund wurden die Regressionsanalysen zusätzlich ohne die Kontrollvariablen durchgeführt, um den Einfluss der „zentralen“ Variablen untersuchen zu können. Da eine Reihe von Korrelationen (siehe Tabelle 4 im Appendix) zwischen den unabhängigen Variablen zu beobachten ist, ist es ebenfalls empfehlenswert, diese zusätzlichen „sparsamen“ Regressionsanalysen durchzuführen. Die Ergebnisse der zusätzlichen Analysen unterstreichen die Robustheit der in den Tabellen 2 und 3 abgebildeten Ergebnisse und sind auf Anfrage erhältlich.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Bean, Clive/Elim Papadakis* (1989). A comparison of mass attitudes towards the welfare state in different institutional regimes, 1985-1990, in: *International Journal of Public Opinion Research*, Vol. 10, 211–236.
- Beyrl, Maria/Flooh Perlot* (2006). Politische Kommunikation in Österreich – Generalverdacht der Inszenierung? Ein Streifzug durch die österreichische Mediendemokratie, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 35(4), 391–405.
- Blinder, Alan S./Alan B. Krueger* (2004). What does the public know about economic policy, and how does it know it?, NBER Working Paper 10787.
- Brooks, Clem/Jeff Manza* (2007). Why welfare states persist. The importance of public opinion in democracies, Chicago.
- Burstein, Paul* (2003). The impact of public opinion on public policy: a review and an agenda, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 56, 29–40.
- Caplan, Bryan* (2001). Rational irrationality and the microfoundations of political failure, in: *Public Choice*, Vol. 107, 311–331.

- Caplan, Bryan (2003). The logic of collective belief, in: *Rationality and Society*, Vol. 15, 218–242.
- Caplan, Bryan (2006). How do voters form positive economic beliefs?, in: *Public Choice*, Vol. 128, 367–381.
- Dougan, William/Michael Munger (1998). The rationality of ideology, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 32, 119–142.
- Downs, Anthony (1957). *An economic theory of democracy*, New York.
- Franzmann, Simon (2008). Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 37(1), 79–98.
- Fuhse, Jan A. (2004). Links oder rechts oder ganz woanders? Zur Konstruktion der politischen Landschaft, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 33(2), 209–226.
- Gilens, Martin (2001). Political ignorance and collective policy preferences, in: *American Political Science Review*, Vol. 95, 379–396.
- Hartmann, Martin (2002). Aussichten auf Vorteile? Grenzen rationaler Vertrauensmodelle in der Politikanalyse, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 31(4), 379–395.
- Heinemann, Friedrich/Eva Jonas/Dieter Frey (2007). *Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit*, Forschungsbericht 15/05 des Bundesministeriums der Finanzen.
- Holbrook, Thomas/James C. Garand (1996). Homo economus? Economic information and economic voting, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 49, 351–375.
- Jacoby, William G. (1994). Public attitudes towards government spending, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 38, 336–361.
- Kangas, Olli E. (1997). Self-interest and the common good. The impact of norms, selfishness and context in social policy opinions, in: *Journal of Socio-Economics*, Vol. 26, 475–494.
- Kenworthy, Lane (2009). The effect of public opinion on social policy generosity, in: *Socio-Economic Review*, Vol. 7, 727–740.
- Knutsen, Oddbjorn (1998). The strength of partisan component of left-right identity, in: *Party Politics*, Vol. 4, 5–31.
- Krause, George A. (1997). Voters, information heterogeneity, and the dynamics of aggregate economic expectations, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 41, 1170–1200.
- Mutz, Diana C. (1993). Direct and indirect routes to politicizing personal experience: does knowledge make a difference?, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 57, 483–502.
- Pitlik, Hans/Gerhard Schwarz/Barbara Bechter/Bernd Brandl (2011). Near is my shirt but nearer is my skin. Ideology or self-interest as determinants of public opinion of fiscal policy issues, in: *Kyklos*, Vol. 64, 271–290.
- Scheepers, Peer/Manfred T. Grotenhuis (2005). Who cares for the poor in Europe?, in: *European Sociological Review*, Vol. 21, 453–465.
- Statistik Austria (2009). *Steuern und Sozialbeiträge in Österreich: Abgabenquoten gem. ESVG 95*.
- Steinmo, Sven (1998). *Tax policy*, London.
- Stigler, George J. (1986). Economics, or ethics?, in: Kurt R. Leube/Thomas G. Moore (Hg.): *The essence of Stigler*, Stanford, 303–336.
- Taylor-Gooby, Peter (1995). Who wants the welfare state? Support for state welfare in European countries, in: Stefan Svallfors (Hg.) *In the eye of the beholder*, Umea, 11–51.
- Ullrich, Carsten G. (2000). *Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Anmerkungen zum Forschungsstand*, Mannheim-Zentrum für Europäische Sozialforschung. Arbeitspapier Nr. 22.
- Van Oorschot, W. (2002). Individual motives for contributing to welfare benefits in the Netherlands, in: *Policy and Politics*, Vol. 30, 31–46.
- Walstad, William B./Ken Rebeck (2002). Assessing the economic knowledge and economic opinions of adults, in: *The Quarterly Review of Economics and Finance*, Vol. 42, 921–935.
- Weede, Erich (2003). *Mensch, Markt und Staat. Plädoyer für eine Wirtschaftsordnung für unvollkommene Menschen*, Stuttgart.
- Zaller, John R. (1992). *The nature and origins of mass opinion*, New York.

AUTORINNEN

Barbara BECHTER, Universitätsassistentin am Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, soziale Ungleichheit, Qualitative Comparative Analysis (QCA).

Korrespondenzadresse: Institut für Wirtschaftssoziologie, Universität Wien, Brünner Straße 72, A-1210 Wien  
E-Mail: barbara.bechter@univie.ac.at

Bernd BRANDL, Vertretung der Professur für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, Politischer Tausch (Sozialpakete), Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Korrespondenzadresse: Institut für Wirtschaftssoziologie, Universität Wien, Brünner Straße 72, A-1210 Wien  
E-Mail: bernd.brandl@univie.ac.at

Hans PITLIK, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und apl. Professor an der Universität Hohenheim (BRD). Forschungsschwerpunkte: Politische Ökonomie, öffentliche Finanzen, Entwicklung und Reformen des öffentlichen Sektors, Fiskalpolitik.

Korrespondenzadresse: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Arsenal, Objekt 20, A-1030 Wien

E-Mail: hans.pitlik@wifo.ac.at

Gerhard SCHWARZ, Mitarbeiter im Bereich Design und Abwicklung von Befragungen am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Forschungsschwerpunkte: Umfrageforschung, Konjunktureinschätzungen, wirtschaftspolitische Einstellungen.

Korrespondenzadresse: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Arsenal, Objekt 20, A-1030 Wien

Email: gerhard.schwarz@wifo.ac.at



## SWS-RUNDSCHAU

Die sozialwissenschaftliche Quartalsschrift mit eigenen ★  
Forschungsergebnissen und zugleich der höchsten Auflage  
im deutschsprachigen Raum

Die älteste sozialwissenschaftliche Fachzeitschrift Österreichs ★

Veröffentlicht vierteljährlich aktuelle Forschungsergebnisse ★  
zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Kultur  
in Österreich, anderen OECD-Staaten und den  
neuen Demokratien Zentral-, Süd- und Osteuropas

Allgemein verständliche Beiträge, auch nach Themen- ★  
schwerpunkten zusammengefasst

## SWS-BILDSTATISTIKEN

Aktuelle Meinungsforschungsergebnisse und andere ★  
Daten in anschaulichen farbigen Grafiken

Ein Ansichtsexemplar der SWS-Rundschau senden wir Ihnen  
gerne kostenlos und unverbindlich zu.

**Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft – SWS-Rundschau**

A-1090 Wien, Maria Theresien-Straße 9/8B

Telefon: 0043-1-317 31 27

Telefax: 0043-1-310 22 38

E-Mail: [swsrs@aon.at](mailto:swsrs@aon.at)